


<http://www.tagesspiegel.de/berlin/neue-zahlen-der-bildungsverwaltung-mehr-gewalt-gegen-lehrer-an-berliner-schulen/11970968.html>

DER TAGESSPIEGEL



 25.06.2015 22:32 Uhr

Neue Zahlen der Bildungsverwaltung

Mehr Gewalt gegen Lehrer an Berliner Schulen

Von Susanne Vieth-Entus

Die Zahl der Übergriffe stieg seit 2011/12 auf über 400 Fälle an. Hohe Dunkelziffer beim Mobbing.



Immer mehr gewalttätige Übergriffe an Berliner Schulen. - FOTO: DPA

In Berlin gibt es einen Trend zu mehr gewalttätigen Übergriffen auf das Schulpersonal: Im ersten Schulhalbjahr 2014/15 wurden bereits 257 Tötlichkeiten angezeigt – mehr als 2009/10 und 2010/11 jeweils im gesamten Schuljahr. Bekannt wurde dieser Trend durch aktuelle Zahlen der Senatsverwaltung für Bildung aufgrund einer Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck.

Demnach stieg die Zahl der Übergriffe seit 2011/12 auf über 400 Fälle. Falls die Tendenz des ersten Schulhalbjahres anhält, würden es dieses Jahr erstmals über 500. An der Spitze steht Mitte mit 45 Fällen. Hingegen sind die Delikte in anderen Bereichen rückläufig. So deuten die aktuellen Zahlen darauf, dass es im Bereich der Bedrohungen und der Gewaltdarstellungen auf Datenträgern sowie bei der schweren körperlichen Gewalt dieses Schuljahr geringere Zahlen geben wird als im Vorjahr.

Dass die Statistik lückenhaft ist, wird deutlich am Beispiel des Mobbings. Fachleute gehen davon aus, dass im Schnitt jeder zehnte Schüler Mobbingopfer ist. Die Schulen haben aber im ganzen ersten Schulhalbjahr nur 35 Fälle gemeldet – bei insgesamt 320.000 Schülern.

Auch im Bereich der Beleidigungen, Drohungen und Tötlichkeiten geht Langenbrinck von einer Dunkelziffer aus, weil die Schulen nicht dazu verpflichtet sind, sie zu melden. Das gilt auch für Mobbing.

Antimobbingtrainings intensivieren

„Die vielen Fälle schwerer körperlicher Gewalt und Übergriffe auf Schulpersonal bleiben ein Alarmsignal. Wir brauchen eine Strategie, wie wir diese Vorfälle zurückdrängen“, findet Langenbrinck. Auf sein Betreiben hin hat sich der SPD-Arbeitskreis Bildung mit der Schulgewalt befasst und will das Thema nach der Sommerpause in das Abgeordnetenhaus tragen. Im Vordergrund steht die Forderung, Prävention, Aufklärung und Antigewalt- sowie Antimobbingtrainings zu „intensivieren“. Zudem müssten Präventionsgespräche der Polizeiabschnitte in den Schulen „verstetigt“ und Lehrkräfte stärker im Umgang mit Aggression und Gewalt im Schulbereich fortgebildet werden.

Unzufrieden sind die SPD-Bildungspolitiker darüber, dass die leichteren Gewaltvorfälle seit einigen Jahren nicht mehr gemeldet werden müssen. Das soll geändert werden, wenn es nach Langenbrinck und seinen Mitstreitern geht. Künftig soll alles „schulhalbjährig und zentral vom Senat nach Schulform, Bezirk sowie nach Geschlecht der Täter und Opfer erfasst werden. Es soll auch wieder einen jährlichen Bericht zur Gewaltprävention geben.